

SNB: Zeit für Personalentscheide ?

Hans Kaufmann, alt Nationalrat, Wettswil

Der Währungsschock für die Schweizer Industrie sitzt tief. Viele Leute sind sich noch nicht bewusst, dass die heutige Währungskrise viel schlimmer ist als jene von 1979. Damit sind nicht die verkraftbaren Verluste der Kapitalanleger am Aktienmarkt gemeint, sondern die Auswirkungen der Aufhebung des Euro-Mindestwechsellkurses durch die SNB auf die Realwirtschaft. Man redet sich noch Mut zu mit Sprüchen wie "es wird alles gut werden", "die Industrie muss nur einen Zwischensport bezüglich Innovation und Produktivitätssteigerung einlegen". Auch die Behauptung der Finanzministerin Widmer-Schlumpf, dass die Unternehmen heute besser aufgestellt seien als 2011, entbehrt weitgehend der Realität und vor allem nützen solche Aussagen wenig, wenn Unternehmen heute 10% bis 20% Verluste auf ihren Debitorenguthaben, Lagern und künftigen Verkaufserlösen aus dem Euroraum und anderen Währungsregionen verkraften müssen. Für Auslandsbeteiligungen fallen zusätzliche Abschreibungen an. Wieso soll heute ein Hotel in den Bündner Alpen wesentlich besser aufgestellt sein als 2011? Warum soll der Detailhandel in Grenznähe heute wettbewerbsfähiger als 2011 sein? Wenn Detailhändler mehr billige Importware zum Ausgleich verkaufen, dann geht dies auf Kosten der Inlandproduzenten. Warum sollen die Banken, Lebensversicherungen und Pensionskassen unter dem neuen Zinsregime stärker dastehen als in der Vergangenheit? Ebenso hilflos sind die Bemerkungen von Wirtschaftsminister Schneider-Ammann, der mit dem bevorstehenden Elend der Schweizer Wirtschaft noch sein eigenes politisches Süppchen kochen will und glaubt, dass nun der bilaterale Weg mit der EU beschleunigt werden müsse. Aber all diese simplen Rezepte werden die bevorstehende Krise der Schweizer Wirtschaft nicht verhindern können. So einfach präsentiert sich die heutige Lage nicht.

Ein Vergleich mit der Währungskrise 1979 zeigt, dass die Situation heute viel problematischer ist. Es ist mit einer Rezession, steigender Arbeitslosigkeit und grossen Einnahmenausfällen für die öffentliche Hand zu rechnen. Deshalb ist der jüngste Schritt der SNB sehr fragwürdig. Damit wird nicht grundsätzlich die Aufgabe des Mindestwechsellkurses kritisiert, sondern die Tatsache, dass sich die SNB mit dem vermeintlichen Befreiungsschlag nicht von der EZB löst, sondern sich stattdessen an die Zinspolitik der EZB kettet, was noch viel gravierendere Folgen für die Schweizer Wirtschaft haben wird. Damit werden nicht die ausländischen Spekulanten, sondern vor allem unsere eigene Altersvorsorge getroffen. Was sind für ausländische Währungsspekulanten schon 0.75% Negativzinsen im Vergleich zu den eingeheimsten zweistelligen Währungsgewinnen ! Die SNB bestraft somit die Falschen. Die Pensionskassen, die Lebensversicherungen und die Sparer werden mit Negativ- oder nullzinsen darunter zu leiden haben. Die Schäden sind lediglich nicht mehr in der SNB-Bilanz sichtbar, ausser die CHF50-60 Mrd. Verlust auf den rund CHF 540 Mrd. Fremdwährungs- und Goldbeständen, die den Grossteil des SNB Eigenkapitals von rund CHF 78 Mrd. vernichtet haben.

Kritik verdient aber vor allem die Kommunikation der SNB, die mit ihren Lügen vom 18. Dezember 2014 und 5. Januar 2015 viele Unternehmen und Pensionskassen dazu verleitet hat, ihre Fremdwährungspositionen nicht mehr abzusichern. Das ab-

rupte Vorgehen zeigt auch, dass die SNB die Tragweite des Exits falsch eingeschätzt hat. Die SNB hat es verpasst, einen geregelten Ausstieg zu planen und umzusetzen. Eine gestaffelte Rücknahme des Mindestwechsellkurses oder die Bindung an einen Währungskorb wurden zwar in den Medien diskutiert, aber diese Diskussionen wurden von der SNB nicht dazu genutzt, ein absehbares Ende der Euro-Stützung anzudeuten, so wie es die US-Fed in Bezug auf die Zinswende getan hat. Es nützt nichts, heute von Übertreibungen der Märkte zu reden, wenn deswegen im Gegenzug in der Schweiz Unternehmen ihren Betrieb einstellen müssen, nur weil sie den Aussagen der SNB gefolgt sind.

Der Schaden ist gross und die Politik müsste sich eigentlich Massnahmen überlegen. Damit sind nicht nutzlose Konjunkturprogramme gemeint, die vor allem zu Mitnahmeeffekten und Staatsknete für Partikularinteressen dienen, sondern eine Erneuerung des SNB Direktoriums mit Leuten, die aus der Wirtschaft stammen, die wenigstens während einigen Jahren als Unternehmer oder in einer Führungsposition im realen Leben Verantwortung getragen haben und aus eigener Erfahrung wissen, was solche plötzlichen Währungs-crashes in der Praxis bedeuten, nämlich Entlassungen, vermehrte Einkäufe im Ausland und Verlagerungen von Betriebsstätten ins Ausland. Diese "Drecksarbeit" müssen die privaten Unternehmer nun verrichten und nicht die Leute an der Spitze der SNB, die ihr Leben lang in geschützten staatlichen Werkstätten tätig waren und von Staatsgeldern lebten. Es erscheint auch notwendig, dass die SNB, wie dies in den USA und in Frankfurt bei der EZB schon seit längerer Zeit üblich ist, ihre internen Sitzungsprotokolle, wenn auch zeitverzögert, publiziert. Transparenz ist auch in der Geldpolitik ein Gebot der Stunde geworden. Angesichts dieser Lagebeurteilung muss man sich fragen, ob die SNB ihre im Nationalbankengesetz unter Artikel 5 geforderte Verantwortung wahrnimmt: "Die Nationalbank führt die Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes. Sie gewährleistet die Preisstabilität. Dabei trägt sie der konjunkturellen Entwicklung Rechnung". Mit ihrem Kraftakt provoziert die SNB eine Rezession und verschärft die deflationären Tendenzen. Sie tut genau das Gegenteil von dem, was eigentlich ihr Leistungsauftrag wäre. Sollte es zu einem Preisrückgang von 1% und mehr kommen, hätte die SNB nicht einmal ihren Minimal-Auftrag, die Wahrung der Preisstabilität, erfüllt. Dann wären eigentlich personelle Konsequenzen unerlässlich, denn die heutige Führungsriege ist mit dem Leistungsauftrag offensichtlich überfordert.